

SPD-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
FDP-Ratsfraktion
Ratsmitglied SSW

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0653/2011 öffentlich 15.08.2011
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 25.08.2011	Ratsversammlung	Ratsfrau Langfeldt, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Günther, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Landsiedel, FDP-Ratsfraktion Ratsfrau Danker, SSW
Betreff: 5. Schleusenammer Brunsbüttel realisieren		

Antrag:

Die Ratsversammlung Kiel fordert die Bundesregierung auf, den Bau der fünften Schleusenammer des Nord-Ostsee-Kanals in Brunsbüttel unverzüglich zu realisieren. Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, die notwendigen finanziellen Mittel für den Bau bereitzustellen.

Die Ratsversammlung Kiel bittet den Landtag des Landes Schleswig-Holstein und die schleswig-holsteinische Landesregierung, die vorstehende Resolution gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen.

Begründung:

Der Nord-Ostsee-Kanal hat eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung für Brunsbüttel und Kiel mit ihren Schleusenanlagen, alle Gemeinden und Kreise entlang des Kanals und für ganz Schleswig-Holstein.

Für den gesamten Nord-Ostsee-Kanal wird ein erheblicher Sanierungsbedarf gesehen. Das betrifft neben den Schleusenanlagen in Brunsbüttel ebenso die Schleusenanlagen in Kiel-Holtenau und den kompletten Nord-Ostsee-Kanal. Allerdings scheint der Bau der 5. Schleuse in Brunsbüttel am meisten unter den Nägeln zu brennen, damit Brunsbüttel nicht zum Nadelöhr des gesamten Kanals wird.

Der Bau einer fünften Schleuse in Brunsbüttel ist nicht nur erforderlich für die notwendige Erhöhung der Kapazität der Schleusenanlage in Brunsbüttel. Er ist auch Grundvoraussetzung dafür, dass die vorhandenen alten Kammern grundsaniert werden können.

Die großen Schleusen von Brunsbüttel sind seit fast 100 Jahren im Dauereinsatz. Die Grundsubstanz ist marode und total sanierungsbedürftig, die jährlichen Ausfallzeiten für Reparaturarbeiten haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre verdreifacht. Die großen Schleusen werden nur noch im Notbetrieb gefahren. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass beide Schleusen wegen eines technischen Defektes ausfallen. Das hätte eine Sperrung des gesamten Nord-Ostsee-Kanals für die Großschifffahrt zur Folge. Die vorhandene Technik ist museumsreif und entspricht in wesentlichen Antriebsteilen dem technischen Stand der Zeit

von Kaiser Wilhelm II. Die Beschaffung von Ersatzteilen ist schwierig, kostspielig und zeitaufwendig, da sie in Sonderanfertigungen hergestellt werden müssen. Für die dringend notwendige Grundsanierung der beiden großen Schleusen muss jeweils eine große Schleuse für mindestens 2-3 Jahre außer Betrieb genommen werden. Somit würde der Berufsschiffahrt über Jahre nur eine Große Schleuse zur Verfügung stehen. Die Folgen wären nicht mehr akzeptable Verzögerungen bei einer Kanalpassage für die Schifffahrt. Damit gehen diese Verkehre dem Nord-Ostsee-Kanal auf Dauer verloren.

Bereits im März 2007 hatte sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) für den Neubau einer 5. Schleusenkammer entschieden, als eine wesentliche Voraussetzung für die Grundsanierung der maroden großen Schleusenkammern. Bisher erfolgten bereits vorbereitende Arbeiten in Millionenhöhe. Mit dem eigentlichen Schleusen-neubau konnte aber wegen der fehlenden Durchfinanzierung nicht begonnen werden.

Die aktuelle Befahrungsstatistik des Nord-Ostsee-Kanals belegt, dass die nationale und internationale Schifffahrt den Nord-Ostsee-Kanal verstärkt nutzt und insbesondere die Feederverkehre vom und zum Baltikum mit dem Nord-Ostsee-Kanal planen, wenn zwei betriebsklare große Schleusen in Nord- und Ostsee eine kalkulierbare Kanalpassage garantieren. Aus diesem Grunde fordern wir die Bereitstellung der notwendigen Bundessmittel zum Neubau der 5. Schleusenkammer Brunsbüttel für das Jahr 2012, damit der Beschluss des BMVBS vom 20. März 2007 ohne eine weitere Verzögerung umgesetzt werden kann.

Darüber hinaus hat der deutlich längere Weg um Skagen gravierende ökologische Nachteile und steht im Widerspruch mit den umweltpolitischen Zielen der Bundesregierung sowie der Europäischen Union.

Sollte sich der Baubeginn weiter verzögern, hätte das existentielle Folgen für den Fortbestand des Nord-Ostsee-Kanals einhergehend mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

gez. Ratsfrau Gesa Langfeldt f.d.R.
SPD-Ratsfraktion

gez. Ratsfrau Katja Günther f.d.R.
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Ratsherr Helmut Landsiedel f.d.R.
FDP-Ratsfraktion

Ratsfrau Antje Danker
SSW